

# PROFIL DAS MAGAZIN DER BUNDESTAGSFRAKTION GRÜN



# grün regiert

**Volle Energie  
für Klimaschutz  
und Erneuerbare**

07/22

## GRÜN REGIERT

In der Regierungskoalition haben wir beispiellose Gesetzespakete für den Klimaschutz und unsere Versorgungssicherheit gestartet. Katrin Uhlig und Dr. Ingrid Nestle geben einen Überblick, erklären die Maßnahmen und wie sie ineinandergreifen. **Seite 4**

## AUS FEHLERN LERNEN

Ein Jahr nach dem Jahrhunderthochwasser an Ahr und Erft ziehen wir Bilanz: Wie steht es um den Bevölkerungsschutz, wie sieht es in den betroffenen Regionen heute aus? Im Gespräch berichten Leon Eckert und Lukas Benner, wie dieses Thema ihre Arbeit prägt. **Seite 8**

## ZEITENWENDE

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Mit einem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro werden wir unsere Bundeswehr besser ausstatten. Aber auch Cybersicherheit und Zivilschutz brauchen mehr Mittel. Die Zusammenhänge erläutern Dr. Sebastian Schäfer und Sara Nanni. **Seite 10**

## DREI FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE

Demokratien stehen weltweit unter Druck, vor allem in Krisenzeiten. Wir müssen unsere vielfältige, offene Gesellschaft schützen und stärken, dafür kämpfen Schahina Gambir, Lamya Kaddor und Misbah Khan. **Seite 20**

## EINFACH KARO!

Frischer Wind aus Niedersachsen kommt mit Karoline Otte in den Bundestag. Ein Porträt von Gisela Hüber. **Seite 16**

## AUS DEN FACHBEREICHEN

Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

## GRÜN UND GRÜNER

Highlights unserer Veranstaltungen. **Seite 23**

# EDITORIAL

Foto: St. Kaminski



Liebe Leser\*innen,

diese Ausgabe erscheint zum Jahrestag der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr. 186 Menschen haben dabei ihr Leben verloren. Der materielle Schaden wird mit 33 Milliarden Euro beziffert. Das Leid der Betroffenen, die alles verloren haben, ist unermesslich.

Katastrophen wie diese werden sich im Zuge des Klimawandels häufen. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker im Bund und in den Ländern ist es, den Zivil- und Katastrophenschutz darauf auszurichten und als Gesellschaft resilienter zu werden. Gleichzeitig müssen wir die Ursache solcher Tragödien an ihrer Wurzel bekämpfen und alle Mittel im Kampf gegen die Klimakrise mobilisieren.

In der Regierung und im Bundestag bringen wir mit dem Osterpaket ein riesiges Bündel an Gesetzen auf den Weg, die genau das zum Ziel haben. Wir legen den Turbo ein für den Ausbau der Erneuerbaren an Land und auf See, und für die Solarkraft, damit die Stromerzeugung in Deutschland bis 2035 nahezu vollständig emissionsfrei ist. Gleichzeitig bringen wir starke Anreize zur Einsparung von Gas auf den Weg und arbeiten an einer Gasausstiegsstrategie. Kurz: Wir setzen endlich um, was die Regierungen vor uns versäumt haben und beschreiten konsequent den Pfad der Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und hin zur Klimaneutralität.

Auch wenn es schon immer klar war, hat uns der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine noch einmal schmerzlich vor Augen geführt: Diese Energiepolitik ist nicht nur elementarer Baustein im Kampf gegen die Klimakrise, sondern auch eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. An keinem Tag ruhen die Waffen in der Ukraine. Die Menschen, die nach Deutschland fliehen und die, die in ihrem Heimatland bleiben, brauchen unsere Unterstützung. Und sie bekommen sie: Neben den sechs Sanktionspaketen gegen Russland, den finanziellen Mitteln für die Ukraine, der humanitären Hilfe und der Aufnahme von 800.000 Geflüchteten, liefert Deutschland kontinuierlich militärisches Material und Waffen – auch schwere.

Gemeinsam suchen und ringen wir jeden Tag aufs Neue um Lösungen und Antworten – in der Regierung und im Parlament. Trotz der Krisen und Probleme, mit denen wir aktuell konfrontiert sind, blicke ich positiv in die Zukunft. In der Europäischen Union, in Deutschland, in den Ländern und den Kommunen – wir werden die Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam meistern.

Herzlich

A handwritten signature in black ink that reads "Katharina Dröge". The signature is fluid and cursive.

Katharina Dröge  
Fraktionsvorsitzende

# ...entschlossen

## für Klimaschutz, Erneuerbare und Versorgungssicherheit

VON KATRIN UHLIG UND INGRID NESTLE

*Als wir Grüne im Herbst in die Bundesregierung gewählt wurden, sollte der Schwerpunkt unserer Arbeit auf dem Kampf gegen die Klimakrise liegen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir weg von fossilen Energiequellen und unsere Energieversorgung sowie unsere gesamte Wirtschaft auf erneuerbare Energien umstellen.*

*Doch kaum hatten wir mit unseren Koalitionspartnern eine Regierung gebildet, begann Putin seinen schrecklichen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Daraus ergeben sich auch energiepolitisch neue Herausforderungen: Uns allen wurde sehr drastisch bewusst, dass wir die Abhängigkeiten von russischen Energiequellen schnellstmöglich beenden und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleisten müssen. Das ist eine gewaltige politische Aufgabe.*

In der Praxis heißt das, dass wir

- unsere Energie künftig von verschiedenen Lieferanten beziehen,
- unsere Energieproduktion in Deutschland komplett umstellen,
- den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Effizienzmaßnahmen intensivieren und beschleunigen sowie
- unseren Verbrauch durch unmittelbares Energiesparen in der Gegenwart reduzieren.

Nicht alle diese Vorhaben können durch die Bundespolitik gesteuert werden, aber sie kann viele Leitplanken so neu aufstellen, dass die Richtung stimmt, und damit Ländern und Kommunen die Umsetzung erleichtern.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) und die AG Energie & Klima der grünen Bundestagsfraktion laufen daher auf Höchsttouren, aber auch die beiden anderen grünen Ministerien, das Umwelt- und das Agrarministerium, leisten einen Beitrag. In der Regierungskoalition haben wir gemeinsam ein beispielloses Paket an Gesetzesvorhaben gestartet. Das bietet natürlich jede Menge Stoff für Diskussionen, Gesprächsbedarf und – am Ende meist gute – Kompromisse innerhalb der rot-grün-gelben Koalition.

### **DER KRIEG VERSCHIEBT DIE REIHENFOLGE, ABER NICHT DIE PRIORITÄTEN**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck reagierte nach dem Überfall auf die Ukraine umgehend, indem er als erste Maßnahme die Genehmigung der Erdgas-pipeline NordStream 2 aussetzte.

Um jedoch die Herausforderungen durch Putins Krieg gegen die Ukraine und die Klimakrise energiepolitisch auch langfristig zu bewältigen, setzen wir darüber hinaus vier Schwerpunkte:

- 1.** Versorgungssicherheit und Ausweitung unserer Energieimporte,
- 2.** beschleunigte Umstellung auf erneuerbare Energien,
- 3.** Energiesparen und Energieeffizienz sowie
- 4.** den Umbau der Energiestrukturen.

Auch wenn die Versorgungssicherheit und die Energieimporte durch den Krieg kurzfristig in den Mittelpunkt gerückt sind, ist und bleibt der Ausbau der erneuerbaren Energien für uns prioritär. Er ist nicht nur von zentraler Bedeutung für das Klima und die Frage der Energieabhängigkeit, sondern auch um den weiteren Anstieg der Energiekosten zu bremsen.

Als Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im März nach Katar reiste, ging es ihm vornehmlich darum, die Energielieferungen aus Russland möglichst schnell durch alternative Quellen aus anderen Ländern zu ersetzen. Zur kurzfristigen Sicherung der Energieversorgung in Deutschland stehen wir außerdem im Dialog mit weiteren Ländern. Diese Politik mag für die grünen Ziele, schnellstmöglich komplett auf erneuerbare Energien umzustellen, auf den ersten Blick verstörend oder kontraproduktiv wirken. Als verantwortliche Regierende müssen wir jedoch die durchgehende Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft, insbesondere im Hinblick auf den nächsten Winter, gewährleisten.

Dabei sind wir auf einem guten Weg: In den letzten Monaten konnten wir bereits eine Reihe von Gesetzgebungsverfahren zur Versorgungssicherheit abschließen.

Diesen Winter hatte Gazprom unsere Gasspeicher erheblich weniger gefüllt als in den Jahren davor, was Deutschlands Abhängigkeit von Gasimporten erhöhte. Das Gasspeichergesetz wirkt dem entgegen. Es legt Gasspeicherfüllstände gesetzlich fest und ist somit ein wichtiger Baustein für die Versorgung.

Das LNG-Beschleunigungsgesetz sorgt dafür, dass die Beschaffung von Erdgas flexibler und einfacher wird. Es ermöglicht den beschleunigten Bau insbesondere von schwimmenden Schiffsterminals, an denen verflüssigtes Erdgas (LNG) angelandet werden kann. Viele Bedenken bezüglich der Einschränkung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Beteiligungsrechten konnten wir am Ende durch einen guten Kompromiss zerstreuen: Schwimmende Terminals können mit verkürzten Verfahren aufgestellt werden, um uns noch rechtzeitig zum kommenden Winter versorgen zu können. Bei stationären Anlagen hingegen bleibt die Umweltverträglichkeitsprüfung in Kraft.

Durch die Sanktionen gegen Gazprom Germania hat Russland gezeigt, dass es sogar bereit ist, eigene Unternehmen zu zerstören, um uns wirtschaftlich massiv unter Druck zu setzen. Angesichts dessen ermöglicht das Energiesicherheitsgesetz einen besseren Umgang mit den Risiken der Energieversorgung. Es legt fest, dass Unternehmen bei Bedarf unter treuhänderische Verwaltung gestellt werden können, wenn sie kritische Infrastruktur – wie Energieproduktion – betreiben und eine Gefahr für die Versorgungssicherheit anders nicht abzuwenden ist.

Darüber hinaus arbeiten wir derzeit am Ersatzkraftwerkerehaltungsgesetz, das Maßnahmen zur Verringerung des Gasverbrauchs bei der Stromerzeugung festlegt. Im Gegenzug sollen ersatzweise Kohlekraftwerke länger in der Reserve bleiben, damit wir für den Fall, dass das Gas knapp werden sollte, gerüstet sind. Auch hier ist es wichtig, dass die Klimaziele trotzdem erreicht und der beschleunigte Kohleausstieg nicht gefährdet wird. Auch die Energiewirtschaft wünscht sich verlässliche Rahmenbedingungen und hat die Notwendigkeiten der ökologischen Transformation bereits erkannt.

## **DER SCHLÜSSEL: ERNEUERBARE ENERGIEN**

Erneuerbare Energien sind das A und O für eine sichere, saubere und souveräne Energieversorgung. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der beschleunigte Ausbau von erneuerbaren Energien die Mission unserer Ampelkoalition ist.

Die Maßnahmen des Osterpakets sind hierbei der erste wichtige Schritt dieser Mission. Das Gesetzespaket aus dem BMWK soll den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv anreizen, erhöhen und beschleunigen. Es umfasst unter anderem die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Wind-auf-See-Gesetzes (WindSeeG). Dadurch schafft es die wichtigsten Rahmenbedingungen dafür, dass Deutschland unabhängig von fossilen Importen und – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – bis 2045 klimaneutral wird. Nur so können wir dauerhaft für bezahlbaren und sauberen Strom sorgen. Gleichzeitig schließen wir damit endlich die Lücke zwischen Notwendigkeit und Realität: Wären wir bereits heute so weit, wie es klimapolitisch nötig wäre, wären wir bedeutend weniger abhängig von Putins Öl und Gas.

Das neue EEG verbessert die Rahmenbedingungen insbesondere für Solar- und Windenergie. Es sorgt für eine höhere Akteursvielfalt am Energiemarkt und stärkt die Bürgerenergie vor Ort, indem es Bürgerenergieprojekte außerhalb von Ausschreibungen endlich wieder möglich macht.

Mit dem Wind-auf-See-Gesetz erhöhen wir die Ausbauziele und beschleunigen den Ausbau der Windkraft auf See. Auch hier gilt es, wie beim Ausbau von Solar- und Windenergie an Land, ein feines Gleichgewicht zwischen Klima- und Naturschutzziele zu finden. Dazu stimmen sich Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium (BMUV) eng miteinander ab. Der Ausbau der Windenergie an Land ist momentan dadurch begrenzt, dass zu wenig Flächen vorhanden sind. Daher wollen wir im Wind-an-Land-Gesetz festlegen, dass bundesweit zwei Prozent der Fläche für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung stehen.

Parallel arbeitet die Bundesregierung daran, die Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen zu verkürzen. Wir wollen bürokratische Hürden abbauen, die Genehmigungsbehörden unterstützen, Gerichtskapazitäten aufstocken und digitalisierte Verfahren ausbauen. Ein Teil dieser Maßnahmen findet sich bereits im Osterpaket des BMWK. Weitere Maßnahmen sollen im Laufe des Jahres folgen.

## **KLIMASCHUTZ, NATURSCHUTZ UND NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT HAND IN HAND**

Auch die beiden anderen grünen „Ökoministerien“, das Umweltministerium und das Agrarministerium (BMEL), tragen entscheidend dazu bei, den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Natur- und Klimaschutz deutlich zu verstärken.

Im BMUV soll parallel zum Wind-an-Land-Gesetz eine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes für die vereinfachte naturschutzfachliche Begleitung der Genehmigungsverfahren sorgen. Unser Ziel ist es, dass Naturschutz-Standards nicht abgebaut werden, sondern dass es für alle Beteiligten mehr Rechtssicherheit gibt. Ein teilweise aus Geldern der Windanlagenbetreiber gespeister Artenschutzfonds wird die eigentlichen Bedrohungen gefährdeter Arten bekämpfen. Denn die Artenkrise hat andere Ursachen als den Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Beispiel Verlust von Lebensräumen, industrielle Landwirtschaft, Pestizideinsatz und viele weitere mehr.

Zugleich achten Umweltministerin Steffi Lemke und die grüne Bundestagsfraktion darauf, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen und Beteiligungsrechte von Umweltverbänden und Bürger\*innen nicht unter die Räder kommen. BMWK und BMUV arbeiten eng zusammen, um den Ausbau der Erneuerbaren mit dem Biodiversitätsschutz zu versöhnen.

Auch das BMEL unter Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir trägt seinen Teil bei. Gemeinsam erarbeiteten die drei Ministerien die Vorschläge zur verbesserten Förderung und Nutzung von Fotovoltaik auf landwirtschaftli-



**DR. INGRID NESTLE**, Leiterin der AG Klimaschutz und Energie (li.) und **KATRIN UHLIG**,  
Berichterstatterin für erneuerbare Energien (re.)

Foto: St. Kaminski

chen Flächen (Agri-PV) sowie zum schrittweisen Auslaufen der Beimischung des umweltschädlich produzierten „Biosprits“ aus Nahrungsmitteln.

### **ENERGIE SPAREN!**

Die beste Energie ist nach wie vor die eingesparte. Das Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, werden wir nur erreichen, wenn wir deutlich weniger Energie verbrauchen und sie effizienter nutzen. Deshalb hat die Bundesregierung Anfang Juni den breit angelegten Aufruf „80 Millionen – Gemeinsam für den Energiewechsel“ gestartet, der von den großen Wirtschafts- und Sozialverbänden unterstützt wird und sich an Wirtschaft sowie Privatpersonen richtet.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Sanierungsquote im Gebäudebestand massiv ansteigen. Gerade im Bereich „Wärmeverbrauch und Effizienzsteigerung“ bedarf es einer riesigen Kraftanstrengung. Die hohe Nachfrage nach den auslaufenden alten Förderprogrammen für die Gebäudesanierung Anfang des Jahres hat gezeigt, wie dringend wir hier handeln müssen.

Mit einer Änderung des Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG) soll der gesetzliche Mindesteffizienzstandard im Neubau ab 2023 auf die Effizienzklasse EH 55 und ab 2025 auf EH 40 angehoben werden. Milliarden schwere Förderprogramme, die aus Klimaschutzperspektive ineffizient sind, wollen wir beenden. Sie sind deshalb ineffizient, weil die Kosten der Förderung im Missverhältnis zu den erzielten Emissionsersparungen stehen. GEG-Novellen mit weiterführenden Maßnahmen werden folgen. Viele der momentanen Vorgaben und Standards müssen wir verschärfen, um Energie effizienter zu nutzen. Wir erwarten daher interessante Diskussionen innerhalb der Koalition.

### **ENERGIEWIRTSCHAFTLICHE STRUKTUREN NEU AUFSTELLEN**

Begleitend arbeiten wir intensiv daran, die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Neue

Vorschriften im Energiewirtschaftsgesetz schützen Stromkund\*innen vor (Preis-)Turbulenzen auf dem Energiemarkt. Außerdem unterstützen wir den Ausbau des Verteilnetzes: Eine vorausschauende Planung wird zur Pflicht und soll ihn eng an den Ausbau der E-Mobilität und der erneuerbaren Energien koppeln. Dadurch machen wir den Netzanschluss schneller und digital. Darüber hinaus soll es möglich sein, überschüssigen Strom sehr kostengünstig zur Wärmeerzeugung einzusetzen.

Das Bundesbedarfsplangesetz ergänzt diese Maßnahmen, indem es den Plan zum Ausbau von Übertragungsnetzen aktualisiert. Die Übertragungsnetze sind sozusagen die Autobahnen des Stromnetzes. Sie transportieren elektrische Energie über weite Strecken. Der Ausbau der Energienetze und der Ausbau der Erneuerbare-Erzeugungsanlagen müssen aufeinander abgestimmt werden. Dafür müssen wir Änderungen im Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) vornehmen. Da wir bis zum Jahr 2045 treibhausgasneutral werden wollen, soll die Planung von Strom- und Gasnetzen neben Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz zukünftig explizit auf dieses Ziel ausgerichtet werden. Noch nie waren wir so sehr auf ein stabiles, leistungsfähiges Stromnetz angewiesen wie jetzt. Mit den beschriebenen Maßnahmen zur Verschlankung und Beschleunigung von Ausbaufahrplänen sowie zur besseren Auslastung bestehender Leitungen tragen wir erheblich dazu bei, dies zu gewährleisten.

### **ALLE BEREICHE MÜSSEN ZUSAMMENWIRKEN**

Diese erste umfassende Übersicht all unserer energiepolitischen Maßnahmen und Initiativen macht deutlich, dass alle Bereiche der Politik zusammenarbeiten müssen, um unsere Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Klimaziele zu erreichen. Das gilt von der Europa-, Bundes-, Landes- bis zur Kommunalpolitik. Dort, wo unsere Leser\*innen der profil:GRÜN engagiert sind. Wir freuen uns, diesen Weg gemeinsam entschlossen weiterzugehen.

● [gruene-bundestag.de/energiewende](https://gruene-bundestag.de/energiewende)



**LUKAS BENNER**  
*Mitglied im Rechtsausschuss*

**LEON ECKERT**  
*Mitglied im Ausschuss  
für Inneres und Heimat*

## *Im Gespräch*

# AUS FEHLERN LERNEN

### **LUKAS BENNER UND LEON ECKERT ZUM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ EIN JAHR NACH DER FLUTKATASTROPHE**

Genau ein Jahr ist es her, seit in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 ein Jahrhunderthochwasser mehrere Regionen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen verwüstete. 186 Menschen haben dabei ihr Leben verloren. Auch Belgien und die Niederlande waren von dem Hochwasser betroffen, der materielle Schaden beträgt allein in Deutschland 33 Milliarden Euro. Das Leid der Menschen, die Angehörige und ihr Hab und Gut verloren haben, geht ins Unermessliche. Als das Ausmaß der Katastrophe sichtbar wurde, waren Hilfeleistungen und praktische Solidarität riesengroß. Die Notfallmaßnahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes standen jedoch als zum Teil unzulänglich in

der Kritik. Angesichts der Häufung krisenhafter Ereignisse im Zuge des Klimawandels ist das Bewusstsein dafür gewachsen, dass wir als Gesellschaft resilienter gegen Katastrophen werden müssen – aber wie sieht es mit den nötigen Maßnahmen aus?

Wir haben darüber mit unseren zuständigen Abgeordneten gesprochen. Leon Eckert aus dem Wahlkreis Freising in Bayern, Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat, ist Berichterstatter für Bevölkerungsschutz. Lukas Benner, Jurist aus der Städteregion Aachen in NRW, einer damals stark vom Hochwasser betroffenen Region, ist Mitglied im Rechtsausschuss.

*profil:GRÜN: Wie schätzt ihr die Vorwürfe im Umgang mit der Hochwasserkatastrophe ein?*

**Leon:** Eine solche Katastrophe haben wir in der Bundesrepublik bisher selten erlebt. Daher ist es absolut wichtig, die Probleme bei Vorsorge und Abwehr zu identifizieren, um Lösungen zu finden, wie wir die Menschen besser schützen können. Ich denke, einige Mängel sind offensichtlich geworden: Es gab Defizite bei den Warndiensten und eine mangelhafte Koordination der Einsatzkräfte. Es fehlte an vollständigen Lagebildern und an Übersicht, wo Schäden und wo Einsatzkräfte sind. Keine Stelle hatte in den entscheidenden Momenten damals den vollen Überblick. Das darf so nicht wieder passieren.

**Lukas:** In meinem Wahlkreis sind die Auswirkungen bis heute zu sehen. Glücklicherweise gab es hier keine Todesopfer, doch der materielle Schaden ist gewaltig. Trotz der großen Solidarität sind manche Innenstädte zum Teil verwaist. Es ist offenkundig, dass nicht nur die Vorsorge, sondern auch die Nachsorge besser werden muss.

*profil:GRÜN: Sind wir denn inzwischen besser gerüstet?*

**Leon:** Wir sind da schon auf einem guten Weg. Noch in der letzten Legislaturperiode wurde endlich die Einführung des Cell Broadcasting auf den Weg gebracht, auch auf Drängen der Grünen. Damit wird es bald möglich sein, Menschen in einem bestimmten Gebiet direkt über ihre Handys per SMS zu warnen. Der erste Test wird bereits im Dezember stattfinden. Und im Mai haben die Innenminister das Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz endgültig beschlossen. Es soll eine bessere Koordination von Bund und Ländern gewährleisten – auch eine zentrale Forderung von uns. Von der Bundesebene bis zur Freiwilligen Feuerwehr vor Ort müssen wir das System des Bevölkerungs- und Selbstschutzes stärken.

**Lukas:** Der Umgang mit den jüngsten Tornados und Unwettern in NRW hat schon gezeigt, dass ein Bewusstseinswandel einsetzt. Es wird zunehmend erkannt, dass mehr Maßnahmen notwendig sind, um uns für die Klimakrise zu rüsten, doch es liegt noch ein langer Weg vor uns. So müssen wir dringend den Hochwasserschutz verbessern und unser Baurecht für die Zukunft wappnen, auch um unbezahlbar werdende Schäden zu vermeiden.

*profil:GRÜN: Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hat im Juni über eine Pflichtversicherung für Elementarschäden beraten. Welche Vorteile seht ihr?*

**Lukas:** Extremwetter werden immer häufiger und verbreiteter auftreten. Staatliche Nothilfen sind dafür nicht das richtige Instrument, das bestätigen auch unterschiedlichste Fachleute. Die Bürger\*innen müssen wissen, ob und in welchem Umfang ihr Haus im Schadensfall abgesichert ist. Die Beschlüsse der Justizministerkonferenz und der MPK haben hierfür den Weg geebnet, nun sind wir im Bund am Zug:

Sollte die Entscheidung zugunsten einer Pflichtversicherung fallen, werden wir uns insbesondere dafür einsetzen, dass die damit verbundenen Kosten sozial verträglich bleiben.

**Leon:** Hier kann ich Lukas nur zustimmen. Es ist ein großes Thema, das rechtliche, soziale und politische Auswirkungen hat. Aus meiner Sicht kann eine Versicherung viele wirtschaftliche Existenzen nach einer Katastrophe retten. Sie kann uns aber nicht von der Verantwortung entbinden, aktiven Klimaschutz und entsprechende Klimaanpassungsmaßnahmen voranzutreiben.

*profil:GRÜN: Wie bewertet ihr die Diskussion um unseren Föderalismus in diesem Zusammenhang? Behindert er die Reaktionsfähigkeit?*

**Leon:** Wir haben in der Bundesrepublik ein starkes System der Gefahrenabwehr von unten. Gerade auch aus eigener Erfahrung als Aktiver in der Freiwilligen Feuerwehr kenne ich die Stärken der kommunalen Verankerung und des Föderalismus. Bei Großeinsätzen müssen wir jedoch besser zusammenarbeiten und Hürden, wie etwa unterschiedliche Funkrufnummern der Fahrzeuge in den Ländern, abbauen. Eine sehr gute Lösung könnte auch eine verpflichtende Kooperation zwischen den Ländern und dem Bund darstellen, sozusagen als Back-up, wenn es nötig ist. Lokale Einheiten der Feuerwehren oder des Technischen Hilfswerks (THW) kennen sich vor Ort am besten aus, daher macht die Zuständigkeit hier Sinn. Aber wir brauchen Strukturen, also Notfallpläne und Warnketten, in denen jeder weiß, wann was zu tun ist. Dann ist im Notfall der Abstimmungsbedarf nicht mehr so groß.

**Lukas:** Da bin ich ganz bei Leon. Die Fähigkeiten vor Ort sind wichtig. Gleichzeitig aber profitieren alle von einer engeren Kooperation zwischen den Regionen und Bundesländern. Das gilt im Übrigen auch für die Zusammenarbeit unter europäischen Nachbarn – von der Flutkatastrophe letztes Jahr wurde zum Beispiel auch Belgien, das an meinen Wahlkreis angrenzt, heimgesucht.

*profil:GRÜN: Wie könnt ihr Betroffenen und Kommunen ein Jahr danach Mut machen?*

**Lukas:** Indem wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Dass wir auf eine Katastrophe so unzureichend vorbereitet sind, darf sich nicht wiederholen. Dafür setze ich mich persönlich ein, auf allen Ebenen die Sensibilität für konsequente Vorsorge zu stärken. Zugleich hat der nachhaltige Wiederaufbau höchste Priorität.

**Leon:** Wir versuchen in der Fraktion jeden Tag, das Leben der Menschen sicherer zu machen. Nicht alles, was wir tun, dringt an die Öffentlichkeit. Wir vergessen die Betroffenen und Opfer nicht. Sie erinnern uns daran, wie wichtig unsere Arbeit ist.

*Profil:GRÜN: Wir danken euch für das Gespräch.*

# SICHERHEIT IN DER ZEITENWENDE

DAS SONDERVERMÖGEN FÜR DIE BUNDESWEHR

VON SARA NANNI UND SEBASTIAN SCHÄFER

*Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine markiert eine Zeitenwende, wie es Bundeskanzler Scholz im Februar vor dem Parlament formulierte. Wir müssen – das ist eine Konsequenz aus dieser Einsicht – wieder mehr in unsere Sicherheit investieren. Auch militärisch.*

Derzeit ist die Bundeswehr nicht vollumfänglich imstande, ihrem Auftrag der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit gerecht zu werden und unsere internationalen Partner innerhalb der NATO und der EU zu unterstützen. Obwohl der Rüstungsetat in den letzten Jahren schon stark angewachsen ist, blieb die Bundeswehr unzureichend ausgestattet. Das liegt auch an Mängeln bei der Beschaffung und Auftragsvergabe. Neben mehr Geld sind daher vor allem zusätzliche Reformen bei den Verfahren notwendig.

## SONDERVERMÖGEN IM GRUNDGESETZ

Um die Bundeswehr schnell angemessen auszurüsten, hat der Bundestag Ende Mai mit den Stimmen der Koalition und auch der Union ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro beschlossen. Die Einbeziehung der Union war notwendig, um das Sondervermögen mit einer Zweidrittelmehrheit im Grundgesetz abzusichern und damit die Regeln der Schuldenbremse für diese Investitionen aussetzen zu können. Die Verankerung im Grundgesetz ist entscheidend, damit wir nicht andere wichtige Aufgaben, wie Investitionen für Klimaschutz, den Ausbau der Erneuerbaren oder soziale Entlastungen der Bürger\*innen gegen die notwendigen Ausgaben für die Bundeswehr und damit für unsere Sicherheit abwägen, sondern diese im regulären Haushalt finanzieren können. So behalten wir auch in der durch die Pandemie und den Krieg in der Ukraine angespannten Haushaltslage Spielräume, um die Auswirkungen für die Menschen abzumildern und aktiv grüne Politik gestalten zu können.

Wir Bündnisgrüne wollten mit dem Sondervermögen auch für Verbesserungen bei der Cybersicherheit und beim Zivilschutz sorgen. Das war mit der Union leider unmöglich. Gerade mit Blick auf den IT-Raum und die Defizite beim Zivilschutz gibt es konkrete Gefahren, denen wir schnell und effektiv begegnen müssen. Für die von Bundeskanzler Scholz angekündigte Zeitenwende ist es elementar, dass wir auch in diesen Bereichen liefern.

Die Beschaffungen für die Bundeswehr müssen sicherheitspolitisch begründet sein und nicht nach Wahlkreis- oder Industrieinteressen. Bereits beschlossen ist, die individuelle Vollausrüstung an persönlicher Schutzausrüstung nun schneller zu beschaffen. Wirklich jede\*r Soldat\*in soll mit ballistischen Schutzwesten oder modernen Helmen ausgestattet werden.

Die Union wollte in den Verhandlungen eine Formulierung im Grundgesetz verankern, nach der die Verteidigungsausgaben dauerhaft auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden sollen. Das konnten wir verhindern. Das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel der NATO wurde nicht ins Grundgesetz aufgenommen. Im begleitenden Errichtungsgesetz ist allerdings festgehalten, dass im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsaufgaben nach NATO-Kriterien bereitgestellt werden. Mittelfristig werden die Ausgaben aber an den Fähigkeitszielen der NATO ausgerichtet – ein enormer sicherheitspolitischer Fortschritt.

## UMFASSENDE SICHERHEITSPOLITIK BLEIBT AUF DER AGENDA

Unser Verständnis von Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleibt umfassender als die Formulierung im Gesetz zum Sondervermögen. Eine Fokussierung auf militärische Ausrüstung allein ist zu kurz gedacht. Wir müssen mehr für den Schutz unserer Bürger\*innen und Verbündeten tun.

Deutschland muss in alle Bereiche der Sicherheit investieren und weiterhin alles daransetzen, dass Konflikte und Krisen möglichst erst gar nicht entstehen.

Das schließt Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ein und deshalb haben wir im parlamentarischen Verfahren zum Bundeshaushalt 2022 hier zusätzliche substanzielle Mittel auf den Weg gebracht. Damit sind wir dem 1:1 Ziel im Haushalt 2022 deutlich nähergekommen, als ursprünglich vorgesehen.

Mit zusätzlichen 60 Milliarden für den Energie- und Klimafonds und neuen Mitteln für die internationale Klimafinanzierung investiert die Koalition in Energieunabhängigkeit und stellt allein in diesem Jahr über vier Milliarden Euro für Ernährungssicherheit zur Verfügung.

## BESCHAFFUNGSVERFAHREN REFORMIEREN

Die Verantwortung ist groß: Zusätzliches kreditfinanziertes Geld für die Bundeswehr muss effektiv und effizient ausgegeben werden. Jeder Euro muss der europäischen Sicherheit dienen. Das Geld darf nicht in den Strukturen versickern. Besonders bei der Beschaffung muss sich einiges ändern:

1. Mehr Realismus: Politik und Bundeswehr müssen erreichbare Ziele und wirklichkeitsnahe Vorgaben setzen. Wir müssen uns trauen, auch einfache, marktverfügbare Systeme zu bestellen, anstatt die vermeintlich perfekte Lösung anzustreben.
2. Beschaffungsprozesse und Vergabeverfahren optimieren: Dafür haben wir in den Haushaltsverhandlungen neue Möglichkeiten geschaffen. Wir wollen weniger Zentralismus und mehr Entscheidung vor Ort. Das Beschaffungsamt soll sich auf die wirklich komplexen Beschaffungen konzentrieren können. Darüber hinaus braucht es weitere Reformen, die wir nun angehen werden.
3. Europäisch handeln: Beschaffungen sollten nicht als nationale Alleingänge gedacht werden. Es gilt, nationale Beschaffungsmaßnahmen mit den Partnern in der EU zu koordinieren und wo möglich gemeinsam zu tätigen. Das trägt zu einer größeren Wirtschaftlichkeit bei und vereinfacht die militärische Zusammenarbeit.

Es bleibt eine große Herausforderung, die Zeitenwende zu gestalten und gleichzeitig unsere Modernisierungs- und Transformationsprojekte umzusetzen. Daran arbeiten wir jeden Tag.

● [gruene-bundestag.de/zeitenwende](https://gruene-bundestag.de/zeitenwende)



**DR. SEBASTIAN SCHÄFER**  
Stv. Leiter der AG Haushalt



**SARA NANNI**  
Leiterin AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung

# 3 für eine starke Demokratie



**LAMYIA KADDOR**  
Leiterin der AG Inneres  
und Heimat



**SCHAHINA GAMBIR**  
Berichtersterterin für das  
Demokratiefördergesetz



VON MISBAH KHAN, SCHAHINA GAMBIR UND LAMYA KADDOR

*Dass wir in einer Demokratie leben, ist keine Selbstverständlichkeit. Wir sehen, dass Zweifel an unserer freiheitlichen Staatsform um sich greifen. Demokratiefeindliche Gruppen und ihre Narrative finden Zuspruch, umso wichtiger ist es, unsere Demokratie resilienter zu machen.*

Wie verwundbar Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind, führt uns Putins Krieg gegen die Ukraine brutal vor Augen. In einer Reihe europäischer Nachbarländer ist zudem eine Renaissance des Autoritären zu beobachten und weltweit gibt es brutale Anfeindungen gegen Demokratie und Menschenrechte.

#### **DEMOKRATIE UNTER DRUCK**

Zum Wesen der Demokratie gehört, dass sie gesellschaftlich erlebbar sein muss. Sie funktioniert nur mit Rechtsstaatlichkeit, sie muss täglich praktiziert und wenn nötig verteidigt werden. Die größte Gefahr im Innern stellt bei uns nach wie vor der Rechtsextremismus dar.

Ein kurzer Blick auf die letzten Jahrzehnte genügt, um sich das Ausmaß rechter Angriffe auf unsere freie, offene, vielfältige Gesellschaft und unsere staatlichen Institutionen in Erinnerung zu rufen. Erst kürzlich jährte sich die Ermordung von Walter Lübcke. Genauso mahnen uns die Anschläge von München, Hanau oder Halle und auch die Mordserie des NSU. Dies ist nur ein Ausschnitt, der stellvertretend für über 200 rechtsextreme Morde in Deutschland seit 1990 steht.

Rechtsextremist\*innen nutzen Hass und Hetze als Strategie, um ein Klima von Angst und Gewalt zu schüren, um die Debattenkultur zu verrohen, Diskriminierung und Gewalt einzusetzen und zu befeuern. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – wie zum Beispiel Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit – hat erheblich zugenommen. Der Einfluss rechter Propaganda und Verschwörungserzählungen auf Meinungstrends wächst. Und die Mobilisierungsfähigkeit rechtsradikaler Gruppen ist auch jenseits der einschlägigen Szene gestiegen. Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit werden hier, aber auch in anderen Kontexten immer ungenierter zur Schau gestellt.

**MISBAH KHAN**  
Berichterstatterin für  
Rechtsextremismus

## **DEMOKRATIEFEINDEN DEN KAMPF ANSAGEN**

Die neue Regierung hat sich dem Kampf gegen diese demokratiefeindlichen Tendenzen und die dahinterstehenden Gruppierungen in besonderer Weise verpflichtet. So haben wir im Koalitionsvertrag unter anderem eine Gesamtstrategie auf nationaler und europäischer Ebene vereinbart. Zentrale Elemente sind Prävention, Deradikalisierung und effektive Gefahrenabwehr. Rechtsextreme agieren über Ländergrenzen und politische Zuständigkeiten hinweg. Eine langfristige und ressortübergreifende Gesamtstrategie ist deshalb essenziell, um Rechtsextremist\*innen in Deutschland und Europa in die Schranken zu weisen.

Darüber hinaus werden wir die Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus und des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus anpassen und weiterentwickeln. Denn es muss uns gelingen, noch zielgerichteter gegen rechte Ideologien, Gewalt und rechten Hass vorzugehen.

Wir haben über die Bundesregierung eine Antirassismusbeauftragte eingesetzt. Mit dem Ziel einer ganzheitlichen Rassismusforschung konnten wir beispielsweise im aktuellen Bundeshaushalt die Mittel für den Nationalen Diskriminierungs-Rassismusmonitor beim Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) aufstocken.

Wir treten allen verfassungsfeindlichen, gewaltbereiten Bestrebungen entschieden entgegen. Dazu gehört auch der Islamismus, der durch seine menschenverachtende Ideologie unsere Gesellschaften bedroht. Es ist folglich unabdingbar, alle uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel einzusetzen und insbesondere die Präventionsarbeit gegen Extremismus zu stärken.

## **DEMOKRATIE RESILIENTER MACHEN**

Zum Schutz der Demokratie müssen wir dafür sorgen, Kompetenzen zu fördern, die Demokratie stärken und lebendig halten. In jüngster Zeit haben die Proteste der sogenannten Querdenker\*innen gegen die Corona-Maßnahmen gezeigt, wie schnell das Vertrauen in staatliche Strukturen und Institutionen zu untergraben ist. Verschwörungsmymen bieten gerade in Krisenzeiten einfache Lösungen für komplexe Probleme an. Je tiefer sich Menschen darin verlieren, desto mehr erodiert ihr Vertrauen in den Staat.

Doch starke Demokratien leben auch vom Widerspruch und wir müssen uns fragen: Was stärkt die Demokratie? Gute demokratische Grundbildung ist ein Baustein, ein Bildungsauftrag, der sich an Erwachsene richtet, ein anderer. Umgang mit Information und Desinformation, Einordnung von Wissen sind Kernkompetenzen.

Stärkung und Gestaltung unserer Demokratie – das kann nicht allein der Staat leisten. Er ist angewiesen auf das

Engagement einer lebendigen Zivilgesellschaft, die mit ihm gemeinsam unsere demokratischen Werte und unseren Zusammenhalt verteidigt. Als Grüne haben wir uns intensiv dafür eingesetzt, ein Demokratiefördergesetz im Koalitionsvertrag zu verankern. Es soll dazu beitragen, die zivilgesellschaftliche Arbeit zur Stärkung unserer Demokratie effektiv zu fördern. (siehe Kasten S. 15 rechts)

## **BETEILIGUNG STÄRKEN**

Historisch niedrige Wahlbeteiligungen von 55,5 Prozent wie bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sollten sich nicht wiederholen. Wir sind überzeugt, dass die Wahlbeteiligung steigt, wenn sich die Bürger\*innen insgesamt stärker und direkter beteiligen können. Sie müssen das Gefühl haben, Teil demokratischer Prozesse zu sein, auch abseits von Wahlen.

Deshalb wollen wir zu ganz konkreten Themen Bürger\*innenräte einsetzen, die Beteiligung ermöglichen. Mit ihren Ergebnissen soll sich der Bundestag befassen müssen. Auch das Petitionsverfahren werden wir noch in dieser Wahlperiode ausbauen.

Das allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlrecht ist eine historische Errungenschaft. Generationen in Deutschland haben es hart erkämpft. Wir werben dafür, dass es breit wahrgenommen wird, und wollen Menschen einbeziehen, die bislang noch kein Wahlrecht haben. Gleichzeitig arbeiten wir an Vorschlägen, den Bundestag wieder in Richtung der gesetzlichen Regelgröße zu verkleinern.\*

## **TRANSPARENZ SCHAFFEN**

Staat und Verwaltung sind für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir wollen dafür sorgen, dass der Anspruch der Bürger\*innen auf Auskunft gegenüber der Verwaltung tatsächlich eingelöst wird. Das Wissen der Verwaltung wurde schließlich mithilfe öffentlicher Mittel generiert, es muss den Bürger\*innen proaktiv bereitgestellt werden. Wir werden außerdem den Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Bundesbehörden gesetzlich regeln.

## **STARKE INSTITUTIONEN, STARKE PARLAMENTE**

Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen in die Menschen, die sie im Parlament und in Institutionen vertreten. Sie lebt von dem Vertrauen, dass Entscheidungsprozesse offen für Argumente, demokratisch und transparent sind. Schon dem bloßen Anschein, dass Politik käuflich sein könnte, muss entgegengewirkt werden. Wir werden daher das Lobbyregistergesetz nachschärfen. Einflüsse Dritter bei der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben und der Erstellung von Gesetzentwürfen, den sogenannten legislativen Fußabdruck, wollen wir umfassend offenlegen.

## DIGITALE DEMOKRATIE ALS CHANCE

Die Digitalisierung bietet der demokratischen Zivilgesellschaft zahlreiche Chancen: Frei zugängliche Debattenräume eröffnen die Möglichkeit, Menschen für die Politik zurückzugewinnen. Durch digitale Abläufe und Vernetzungsmöglichkeiten konnte sich die digitale Zivilgesellschaft bereits professionalisieren. Politische Repräsentant\*innen sind im digitalen Raum leicht zu erreichen und können sich Forderungen nach Transparenz und Erklärungen stellen. Das alles macht Demokratie erlebbar.

Gleichzeitig nehmen Hass und Hetze auch im Netz zu. Die demokratische Debattenkultur leidet unter der Missachtung von Grund- und Menschenrechten, vor allem Frauen werden angefeindet. In dem Maße, wie illegitime Beeinflussungen demokratischer Willensbildung zunehmen, müssen auch unsere bestehenden rechtsstaatlichen Mittel konsequent angewandt werden. Wir Grüne im Bundestag haben einen klaren Kompass: Wir fördern Diversität und zivilgesellschaftliche Softwareprojekte. Mit einem Gesetz gegen digitale Gewalt unterstützen wir Betroffene und ermöglichen Plattformräte, die soziale Netzwerke demokratischer machen sollen. Was wir hingegen ablehnen, sind allgemeine Überwachungspflichten, das Scannen privater Kommunikation und Identifizierungspflichten.

## UNSERE PFLICHT ALS DEMOKRAT\*INNEN

Um unsere Demokratie zu schützen, müssen wir sie wehrhaft gestalten, als Demokrat\*innen täglich für sie eintreten und Vielfalt als gesellschaftliches Potenzial stärken. Die Demokratie ist eine der großartigsten Errungenschaften. Demokrat\*innen dürfen mitgestalten, streiten, sich äußern und können Kompromisse ertragen. Das ist oft anstrengend, braucht manchmal Zeit und führt nicht immer zu schnellen Ergebnissen – aber es lohnt sich.

● [gruene-bundestag.de/demokratie](https://gruene-bundestag.de/demokratie)

## DAS DEMOKRATIEFÖRDERGESETZ KOMMT!

Ein Demokratiefördergesetz ist ein elementarer Baustein, um Rechtsextremismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachhaltig entgegenzuwirken. Vor allem die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Arbeit sollen dadurch verbessert werden. Projekte zur Demokratieförderung, zur Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention können dann längerfristig, altersunabhängig und bedarfsorientierter gefördert werden.

Bislang wird diese zivilgesellschaftliche Arbeit maßgeblich über die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert. Diese Programme sind jedoch befristet und vor allem die Beschränkung der Projektförderung auf neue, innovative Ansätze (Modellprojekte) hat zur Folge, dass es keine Planungssicherheit gibt.

Das soll sich mit einem Demokratiefördergesetz ändern, da es die gesetzliche Grundlage für längerfristige Förderaktivitäten des Bundes von zivilgesellschaftlichen Initiativen liefert.

Inzwischen ist der Prozess zur Erarbeitung des Gesetzes gestartet. Zuständig sind das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI).

Vor der Arbeit an dem Gesetzentwurf stand ein vorgehaltetes Beteiligungsverfahren. Dabei wurden 170 Stellungnahmen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft eingereicht, die wichtige Impulse für die Ausgestaltung des Demokratiefördergesetzes gaben. An das Gesetz sind hohe Erwartungen geknüpft – jetzt müssen Wege gefunden werden, das gut zusammenzubringen. Uns liegt es sehr am Herzen, dass die Zivilgesellschaft fortlaufend gut beteiligt ist und gehört wird. Bis zum Ende dieses Jahres soll ein Kabinettsbeschluss vorliegen, damit das Gesetz 2023 ins parlamentarische Verfahren eingebracht werden kann.

\* Mehr dazu auf Seite 20 im Artikel zur *Wahlrechtsreform*.

# Einfach Karo!

*Die Kommunen machen einen super Job, aber sie brauchen mehr Unterstützung, sagt Karoline Otte. Neu im Bundestag kann sie als Berichterstatterin für die Kommunen in der grünen Bundestagsfraktion bereits umfassende Erfahrungen in die Waagschale werfen.*

Das Kind ist krank und der Milchreis darf nicht anbrennen. Karoline Otte sitzt dennoch entspannt und konzentriert in ihrem Arbeitszimmer im heimischen Moringen unweit von Göttingen. Sie hat alles im Griff und noch dazu einen Mann, der ihr den Rücken freihält. Nur wenn in Berlin zwei Sitzungswochen aufeinanderfolgen, „das ist schon hart“, gesteht sie. Karoline Otte gehört mit ihren 26 Jahren zu den neuen Abgeordneten, die den Bundestag nicht nur verjüngen, sondern auch an der Männerdomäne kratzen. Da braucht es schon ein gewisses Standing, denn neben viel Anerkennung gibt es durchaus auch Versuche, ihr die nötige Kompetenz abzusprechen. Sie nimmt es nicht mehr persönlich und tut sich mit anderen zusammen, die Ähnliches erleben. Das hilft.

Denn sie weiß ja, was sie kann. Elf Jahre ist sie bereits in verschiedenen politischen Ämtern aktiv, nach dem dualen Studium hat sie als Verwaltungsbetriebswirtin beim Landkreis Göttingen gearbeitet. Zur Politik fand sie als 14-Jährige, nachdem sie das Reiten und Aikido aufgegeben hatte. Denn nur zu Hause rumzuhängen war auch nicht ihr Ding. Karo, wie alle sie nennen, war damals Vegetarierin und politisch interessiert. Könnte nicht die Grüne Jugend zu ihr passen? dachte die Mutter einer Schulkameradin und nahm sie mit zu einer grünen Kreisversammlung. Und wie das passte! Schnell übernahm Karoline Otte verschiedene Ämter und zog elf Jahre später bei der Bundestagswahl 2021 über die grüne Landesliste in den Bundestag ein. Was sie bei den Grünen von Anfang an überzeugte: Es gab immer eine Mitfahrgelegenheit zu Versammlungen und Terminen, nicht unwichtig für Jugendliche auf dem platten Land, wo Busse selten fahren und sonst nur das Elterntaxi bleibt. Deshalb ist sie gerade sehr angetan von dem 9-Euro-Ticket für den ÖPNV. Es könnte mehr Leute auf den Geschmack bringen, langfristig auf Bus und Bahn umzusteigen. Am vergangenen Wochenende hat sie es selbst für einen Familienausflug nach Zwickau genutzt. „Es hat super funktioniert, auch die Busse waren alle pünktlich“, lobt sie den sächsischen Nahverkehr. Ausbau der Öffentlichen und des Radverkehrs ist praktischer Klimaschutz und steht auf ihrer Agenda ganz oben, wenn es darum geht, Politik für die junge Generation zu machen.

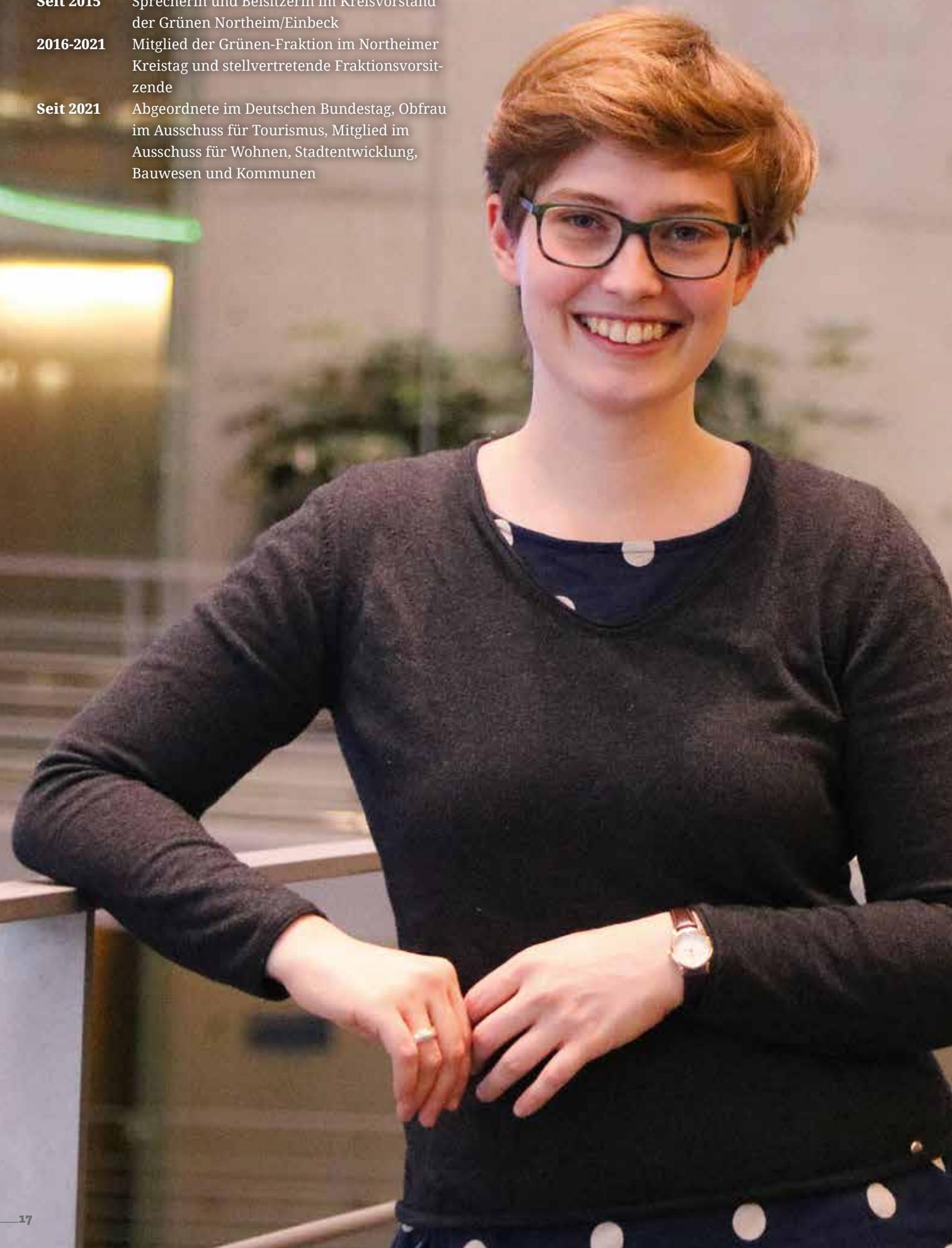
Eine entscheidende Rolle, das weiß sie aus ihrer beruflichen und politischen Erfahrung, kommt dabei den Kommunen zu. In der grünen Bundestagsfraktion ist sie Berichterstatterin für die Kommunen. Was muss passieren, um deren Handlungsfähigkeit zu stärken? Für dieses Aufgabenfeld ist sie federführend zuständig und vertritt ihre Fraktion im entsprechenden Fachausschuss des Bundestages und nach außen.

Es passt also alles, um ihr Herzensthema voranzubringen. An guten Ideen mangelt es ihr nicht. Mobilität ohne Auto, bürgerfreundliche Kommunalverwaltungen, eine gut ausgestattete Jugendhilfe, Treffpunkte für Jugendliche. „Bei uns auf dem Land war das früher die Bushaltestelle. Da muss mehr drin sein“, findet sie. „Deshalb ist es wichtig, dass wir die Kommunen bei diesen Aufgaben unterstützen, ihnen mehr finanziellen Spielraum geben, aber auch mehr Selbstverantwortung zugestehen.“

Mit ihrem Bundestagsmandat sind für Karo Otte gleich zwei Träume in Erfüllung gegangen. Als Jugendliche wollte sie nach Hamburg, München, Berlin, Hauptsache groß. Tatsächlich gelang es ihr, mit 16 über das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des Bundestages das Rennen um die begehrten Auslandsstipendien zu machen und ein Jahr im texanischen San Antonio zu verbringen, einer der größten Städte der USA. „Die haben dort erst gar keine Gastfamilie für mich gefunden, damals hatte ich noch Dreadlocks“, amüsiert sie sich. Noch heute schwärmt sie von der Gastfreundschaft der Leute, die sie kostenlos aufnahmen. Auch die Erfahrung, junge Menschen aus aller Welt, dem Jemen, Pakistan, kennenzulernen, möchte sie nicht missen. „Da war noch Obama an der Regierung. Ein Jahr später, unter Trump, hätten die USA sie gar nicht mehr ins Land gelassen.“ Inzwischen sind ihre Dreadlocks von damals einer Kurzhaarfrisur gewichen und ihre vegetarische Phase hat sie in der Schwangerschaft beendet. Ihr Lieblingsessen kommt dennoch ohne Fleisch aus: Enchiladas, mit Gemüse gefüllte Teigfladen – San Antonio lässt grüßen!

**Biografie:**

- Seit 2011** Mitglied der Grünen Jugend Niedersachsen  
**Seit 2015** Sprecherin und Beisitzerin im Kreisvorstand der Grünen Northeim/Einbeck  
**2016-2021** Mitglied der Grünen-Fraktion im Northeimer Kreistag und stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
**Seit 2021** Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Obfrau im Ausschuss für Tourismus, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen



# Berichte aus den FACHBEREICHEN

## Fachbereich **1 WIRTSCHAFT & SOZIALES**



Herstellung von Glasflaschen in einer Thüringer Glashütte. Foto: Picture Alliance

### Wirtschaft: **ENTLASTUNG FÜR BESONDERS BETROFFENE UNTERNEHMEN**

Hohe Energiepreise und gestörte Lieferketten sind eine Belastung für einen Teil der Unternehmen in Deutschland. Die Rahmenbedingungen bremsen den erhofften Aufschwung nach den Pandemie Jahren. Besonders energieintensive Branchen brauchen konkrete Unterstützung. Die Ampelkoalition hat in schnellstmöglicher Geschwindigkeit ein wirksames Maßnahmenpaket aus Zuschüssen, Krediten und Bürgschaften auf den Weg gebracht. Mit den Programminhalten werden Härten abgefedert und Strukturbrüche verhindert. Gleichzeitig sind die Hilfen sehr zielgerichtet. Betroffene Unternehmen können kurzfristig schon jetzt Liquidität über ein KfW-Kreditprogramm bekommen. Außerdem werden Bürgschaften zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus sind auch weitere Programmteile kurz davor, in Kraft zu treten. So wird es etwa ein mehrstufiges Zuschussprogramm zur temporären Kostendämpfung des Erdgas- und Strompreisanstiegs für besonders betroffene

Unternehmen geben. Das Zuschussprogramm bewegt sich im Einklang mit den Voraussetzungen des Befristeten Krisenrahmens der Europäischen Kommission. Außerdem ist ein Finanzierungsprogramm für durch hohe Sicherheitsleistungen (Margining) gefährdete Unternehmen mit standardisierten Kriterien in Planung. Mit diesem sollen Unternehmen kurzfristig mit einer Bundesgarantie unterlegte Kreditlinien der KfW gewährt werden können. Und last but not least: Sollte sich die Situation weiter verschärfen, sind auch Eigen- und Hybridkapitalhilfen zur Stabilisierung von besonders relevanten Unternehmen, zum Beispiel über Zuweisungsgeschäfte der KfW, für Einzelfälle möglich. Mit den Maßnahmen schafft die Ampelkoalition zielgenaue Abhilfe und stärkt den betroffenen Unternehmen den Rücken. Wir Grüne im Bundestag haben dieses Paket und damit einen Schutzschirm mit Augenmaß und Zielschärfe unterstützt.

● [www.gruene-bundestag.de/entlastung](http://www.gruene-bundestag.de/entlastung)



Agrar:

## **VERPFLICHTENDE TIERHALTUNGSKENNZEICHNUNG**

Der Umbau der Tierhaltung in Deutschland ist lange überfällig, und der erste Schritt ist nun gemacht. Bundesminister Özdemir hat Anfang Juni die Grundzüge für eine verpflichtende staatliche Tierhaltungskennzeichnung vorgestellt. Es soll ab 2023 fünf Haltungsformen geben, die je nach Platz, Frischluftkontakt und Auslauf unterschiedlich ausfallen. Die Stufen reichen vom gesetzlichen Mindeststandard über dauerhaften Kontakt zum Außenklima bis hin zu Bio. Das Ziel ist, tierhaltenden Betrieben eine Zukunftsperspektive zu bieten, besseren Tierschutz zu erreichen und Transparenz für Verbraucher\*innen herzustellen. Es wird nicht bei der Haltungsform für Schweinefleisch aus der Mast bleiben. Eine Ausweitung auf andere Tierarten sowie auf den Außer-Haus-Verzehr und die Gastronomie sollen folgen. Die im Haushalt verankerte eine Milliarde Euro wird einen Anschlag leisten, reicht aber nicht aus. Die Finanzierungsvorschläge liegen bereits auf dem Tisch.

- [www.gruene-bundestag.de/tierhaltung](http://www.gruene-bundestag.de/tierhaltung)

Wohnen:

## **SOZIAL GERECHT & KLIMAFREUNDLICH**

Das Grundbedürfnis Wohnen wird angesichts steigender Wohnkosten zu einer zunehmenden finanziellen Belastung für Bürger\*innen. Weil Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammengehören, haben wir im Koalitionsvertrag einen Aufbruch in der Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik vereinbart. Mit dem Haushalt 2022 ist ein erster Schritt gemacht: Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden auf 14,5 Milliarden Euro erhöht. Ergänzend legen wir ein Programm für Klimaschutz im sozialen Wohnungsbau auf und unterstützen den Kauf von Anteilen an Wohngenossenschaften. Die Bundesförderung für effiziente Gebäude richten wir auf Bestandssanierung und damit auf wirksamen Klimaschutz aus. Jetzt gilt es, neben der Reform des Mietrechts die neue Wohngemeinnützigkeit für günstige Mietwohnungen einzuführen und so eine neue Dynamik in den Bau und die dauerhafte Sozialbindung bezahlbaren Wohnraums zu bringen.

- [www.gruene-bundestag.de/wohnen](http://www.gruene-bundestag.de/wohnen)

## **Ökologie: INVESTIEREN IN NATÜRLICHEN KLIMASCHUTZ**

Artenkrise und Klimakrise sind Zwillinge. Sie bedrohen unsere natürlichen Lebensgrundlagen existenziell und können sich gegenseitig beschleunigen. Mit dem natürlichen Klimaschutz nehmen wir beide in den Blick. Denn wenn wir Moore bewässern, Feuchtgebiete stabilisieren, Auen renaturieren und Küstenräume schützen, sorgen wir für hervorragende Kohlenstoffspeicher und gleichzeitig spannende Lebensräume. Eine Win-win-Situation für Klima und Natur. Jeder Euro dafür ist eine sichere Zukunftsinvestition. Vor diesem Hintergrund entwickelt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz das ambitionierte Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz. Mit den Stimmen von Grünen, SPD und FDP hat der Bundestag nun den völlig neuen Haushaltstitel „Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz“ mit einem Umfang von vier Milliarden Euro beschlossen. Bereits in diesem Jahr können die ersten Gelder aus diesem Titel fließen.

- [www.gruene-bundestag.de/natuerlich](http://www.gruene-bundestag.de/natuerlich)



Fachbereich

## 3 **DEMOKRATIE & VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT**

*Demokratie:* **WAHLRECHTSREFORM VORANBRINGEN**

Im März 2022 hat der Bundestag auf Antrag der Ampelfraktionen die Einsetzung einer Kommission zur Reform des Wahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit beschlossen. Für die grüne Bundestagsfraktion arbeiten Dr. Till Steffen (Obmann) und Ulle Schauws in der Kommission. Eine zentrale Aufgabe des Gremiums ist es, Vorschläge zur effektiven Verkleinerung des Bundestages in Richtung der gesetzlichen Regelgröße zu erarbeiten. Weitere wichtige Arbeitsaufträge sind die Entwicklung von Empfehlungen, um eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern im Bundestag zu erreichen und die Modernisierung der Parlamentsarbeit voranzubringen, insbesondere in Bezug auf Digitalisierung und die Beteiligung von Bürger\*innen. Auch die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre wird ein Thema sein. Bis 31. August 2022 soll die Kommission dem Bundestag einen Zwischenbericht mit Empfehlungen zur effektiven Verkleinerung des Bundestages überreichen. Die Obleute der Ampelfraktionen haben dazu im Mai bereits einen detaillierten gemeinsamen Vorschlag vorgelegt, der nun in der Kommission erörtert wird. Mit dem Vorschlag wäre gesichert, dass der Bundestag auf die Regelgröße von 598 Abgeordneten zurückkehren würde, anstatt der derzeit 736 Abgeordneten.

- [www.gruene-bundestag.de/demokratie](http://www.gruene-bundestag.de/demokratie)



*Internationale Politik:* **STABILISIERUNG VON BOSNIEN UND HERZEGOWINA**

Mehr als 25 Jahre nach dem Ende des Krieges in Bosnien und Herzegowina haben wir auf Antrag der Bundesregierung eine erneute Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Mission „EUFOR Althea“ beschlossen. Bis zu 50 Soldat\*innen können entsendet werden, mehrere Hundert aus einer Vielzahl europäischer Staaten sind bereits in dem Westbalkanland. Dort wächst seit Jahren die Gefahr einer Eskalation der tiefen politischen Krise. Ethnonationalistische Politiker\*innen nehmen immer offener ein Auseinanderbrechen des Landes in Kauf. Bereits im März reiste Außenministerin Annalena Baerbock in die Region und verdeutlichte, dass sich die Bundesregierung stark für deren Stabilisierung und erfolgreiche Integration in die Europäische Union engagiert. Als grüne Bundestagsfraktion sind wir seit jeher überzeugt, dass dieser Weg der richtige und in unserem ureigenen Interesse ist: Ein weiterer blutiger Konflikt im Herzen Europas hätte für uns alle drastische Folgen. Auch deshalb haben wir mit einem den Mandatsbeschluss begleitenden Antrag sehr deutlich gegen die Ethnonationalisten Stellung bezogen.

- [www.gruene-bundestag.de/internationale-politik](http://www.gruene-bundestag.de/internationale-politik)

*Europa:* **ZUKUNFT DER EU**

Am Europatag, am 9. Mai 2022, stellte der französische Staatspräsident Macron im Europaparlament in Straßburg die Ergebnisse der „Konferenz zur Zukunft der EU“ vor. Ein Jahr lang haben über 800 EU-Bürger\*innen mit Regierungsvertreter\*innen, EU-Kommissar\*innen und Parlamentarier\*innen über die Zukunft der EU diskutiert. Und die Ergebnisse können sich nicht nur sehen lassen, sie kommen auch genau zur richtigen Zeit. Denn diese Zeit braucht neue Antworten: mehr Autonomie in strategischen Bereichen, mehr Investitionen in Klimaschutz, eine stärkere Außen- und Verteidigungspolitik, mehr soziales Europa, mehr Rechte für das EU-Parlament, stärkere Mechanismen für den Schutz von Rechtsstaatlichkeit – innerhalb und außerhalb der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ergebnisse der Zukunftskonferenz nun ernsthaft geprüft werden und wo immer möglich in konkrete Entscheidungen münden. Wir Grüne sind dabei auch für einen Konvent und konkrete Vertragsänderungen offen. Denn eine EU auf der Höhe unserer Zeit sind wir den Bürger\*innen schuldig.

- [www.gruene-bundestag.de/europa](http://www.gruene-bundestag.de/europa)



*Schwangerschaftsabbruch:*

### **§ 219A WIRD ENDLICH GESTRICHEN**

Der berühmte Paragraph 219a des Strafgesetzbuches (StGB) ist Geschichte. Auch strafgerichtliche Urteile wegen Straftaten nach Paragraph 219a StGB werden aufgehoben. Damit geht ein langer politischer Kampf zu Ende. Ärzt\*innen können in Zukunft Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen, ohne dafür mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Der Zugang zu Informationen für ungewollt Schwangere wird erleichtert. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die Versorgungslage für ungewollt Schwangere zu verbessern, und die gesundheitliche Versorgung sicherstellen.

- [www.gruene-bundestag.de/219a](http://www.gruene-bundestag.de/219a)

### **Bildung: STARTSCHUSS FÜR DIE BAFÖG-REFORM**

Bildungschancen dürfen nicht vom Elternhaus abhängig sein, denn alle sollen ihren Ausbildungs- und Studienweg selbstbestimmt wählen können. Wir haben jetzt mit der umfassenden Reform der Ausbildungsförderung begonnen, um das BAföG nach jahrelanger Vernachlässigung wieder zum Chancengerechtigkeitsgesetz Nummer eins zu machen. In einem ersten Schritt werden unter anderem die Bedarfssätze erhöht, Freibeträge und Altersgrenzen deutlich angehoben und das Online-Verfahren verbessert. Außerdem greifen wir mit dem Heizkostenzuschuss den Studierenden in der aktuellen Krise ganz direkt unter die Arme. Und die nächsten Schritte der BAföG-Strukturreform sind bereits in Vorbereitung.

- [www.gruene-bundestag.de/bafog](http://www.gruene-bundestag.de/bafog)

### **Gesundheit: EXPERTENKOMMISSION NIMMT ARBEIT FÜR KRANKENHAUSREFORM AUF**

Im deutschen Krankenhauswesen gibt es einen erheblichen Reformstau: Personalmangel insbesondere in der Pflege, ökonomische Fehlanreize, unzureichende Investitionsfinanzierung und eine im internationalen Vergleich zu hohe Zahl von stationären Behandlungen sind nur einige der Kritikpunkte. Im Koalitionsvertrag haben wir daher Reformen für eine „moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ verabredet. Die hierzu vereinbarte Regierungskommission hat nun ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll Empfehlungen für Reformen in der Krankenhausfinanzierung und der Krankenhausplanung entwickeln. Im ersten Schritt sind Vorschläge zur Pädiatrie, zur Geburtshilfe und zur Notfallversorgung zu erwarten.

- [www.gruene-bundestag.de/gesundheit](http://www.gruene-bundestag.de/gesundheit)

# GRÜN & GRÜNER

## Parlamentarische Nacht **LEBEN TEILEN**

So lautete das Motto auf dem 102. Katholikentag, der erstmals wieder in Präsenz stattfand. Entsprechend fröhlich war die Stimmung bei unserer „Parlamentarischen Nacht“. Mit über 300 Ehrenamtlichen und Amtsträger\*innen der katholischen Kirche diskutierten wir im Stuttgarter Stadtmuseum bis tief in die Nacht. Die Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann betonte zunächst gemeinsame Positionen – etwa in der Flüchtlingspolitik und bei globaler Gerechtigkeit. Sie machte zugleich deutlich, dass die Grünen erwarten, dass Betroffene von sexuellem Missbrauch endlich zu ihrem Recht kommen und die Kirche nicht länger die Täter schützen darf. Auch Frauen müssten mehr Gehör und vor allem Teilhabe finden. Dies bekräftigte die Talkrunde um Katrin Göring-Eckardt zur Rolle von Frauen in Religionsgemeinschaften mit Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK, und unserer Sprecherin für Innenpolitik, Lamya Kaddor. Diese thematisierte dabei ihre Erlebnisse als muslimische Frau und betonte die Gemeinsamkeiten von Gläubigen in Deutschland und weltweit. Wer außerdem sprach und wie es weiterging, lesen Sie hier:

- [www.gruene-bundestag.de/katholikentag22](http://www.gruene-bundestag.de/katholikentag22)

## Online-Konferenz **KLIMAGERECHTIGKEIT**

Die Klimakrise betrifft uns alle, aber nicht alle gleich stark. Am meisten von ihr betroffen sind bisher überwiegend die Länder, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, vor allem die ärmsten Staaten im globalen Süden. Die Menschen aus den betroffenen Regionen kommen noch viel zu selten zu Wort. Das möchten wir ändern. Deshalb haben wir anlässlich der UN-Klima-Zwischenkonferenz in Bonn gemeinsam mit Akteur\*innen aus dem globalen Süden bei der Online-Konferenz Klimagerechtigkeit darüber diskutiert, welche Perspektiven noch nicht genug Platz an den Verhandlungstischen bekommen und welche Erwartungen es im Hinblick auf die COP27 gibt.

„Es stimmt mich hoffnungsvoll, dass die Klimakrise und die Klimagerechtigkeit im politischen Diskurs an Bedeutung gewinnen, was ein großer Erfolg von Klimaaktivist\*innen in aller Welt ist“, betonte Sheena Anderson, Aktivistin von Black Earth. Einen ausführlichen Veranstaltungsbericht und eine Videoaufzeichnung finden Sie unter:

- [www.gruene-bundestag.de/klimagerechtigkeit](http://www.gruene-bundestag.de/klimagerechtigkeit)



## Parlamentarischer Abend

### **ZUKUNFT GESTALTEN WIR – GEMEINSAM**

Alle vier Jahre veranstaltet der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen einwöchigen Bundeskongress. Er fand dieses Jahr im Mai in Berlin statt, unter dem Motto: „Zukunft gestalten wir“. Höhepunkt war die Wahl von Yasmin Fahimi zur ersten Frau an der Spitze des DGB. Beim Parteien- und Fraktionsabend war natürlich auch die grüne Bundestagsfraktion vertreten. Eine willkommene Gelegenheit für unsere Abgeordneten, mit den Delegierten und Gästen des Kongresses Gespräche zu führen. Denn nur gemeinsam lässt sich die ökologische Transformation der Wirtschaft sozial gerecht gestalten.

- [www.gruene-bundestag.de/arbeit](http://www.gruene-bundestag.de/arbeit)



## TERMINE

**TAG DER EIN- UND AUSBLICKE**  
im Deutschen Bundestag in Berlin  
am 04.09.2022 von 9.00 bis 18.00 Uhr

**VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN**  
Konferenz am 18.11.2022 in Berlin

Pandemiebedingt bieten wir weiterhin  
auch digitale Veranstaltungen an.

Weitere Informationen auf:

- [gruene-bundestag.de/termine](https://gruene-bundestag.de/termine)

sowie über unsere Newsletter.

## PUBLIKATIONEN

20/02 CSD-Fächer



Mehr unter:

- [gruene-bundestag.de/publikationen](https://gruene-bundestag.de/publikationen)

**BESTELLUNGEN AN:**

Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion, Versand,  
11011 Berlin  
oder: [versand@gruene-bundestag.de](mailto:versand@gruene-bundestag.de)

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der  
Bundestagsfraktion. Sie erscheint  
vier Mal im Jahr und kann unter oben  
stehender Adresse abonniert werden.

## ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse,  
Initiativen, Bundestagsreden, Videos  
und Newsletter auf:

- [gruene-bundestag.de](https://gruene-bundestag.de)

## VIDEO

**VOLLE ENERGIE FÜR  
ERNEUERBARE!**

- [gruene-bundestag.de/videos](https://gruene-bundestag.de/videos)

Kommentare, Ideen und Fragen  
gerne in den sozialen Netzwerken:

 [twitter.com/GrueneBundestag](https://twitter.com/GrueneBundestag)

 [instagram.com/  
gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/  
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)